

Bekanntmachungen

Satzung zur Änderung der Satzung der Industrie- und Handelskammer Hannover

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hannover (IHK) hat am 3. September 2018 gemäß § 4 Satz 2 Ziffer 1 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 93 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes (VwRSchrformAbbG) vom 29. März 2017 (BGBl. I, S. 626), folgende Satzung beschlossen:

Hannover, 12. September 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hinsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

Artikel 1 Änderung der Satzung der Industrie- und Handelskammer Hannover

Die Satzung der Industrie- und Handelskammer Hannover vom 29. November 1972/11. Dezember 1972, zuletzt geändert durch Beschluss der Vollversammlung am 2. September 2013, wird wie folgt geändert:

- In § 1 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Northeim“ das Komma und die Worte „Osterode am Harz“ gestrichen.
- In § 3 Absatz 1 Satz 1 werden die Zahl „82“ durch die Zahl „80“ und die Zahl „5“ durch die Zahl „9“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungen der Satzung treten am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Genehmigt durch Bescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung vom 09. Oktober 2018 - Az.: 21-01558/4010

Im Auftrage
Haselmaier

Die vorstehende Satzung zur Änderung der Satzung der Industrie- und Handelskammer Hannover vom 3. September 2018 wird hiermit ausgefertigt und in der IHK-Zeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft“ verkündet. Gemäß §§ 27a VwVfG, 1 NVwVfG findet zudem eine Veröffentlichung auf der Internetseite www.hannover.ihk.de statt.

Hannover, 15. Oktober 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hinsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer Hannover

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hannover (IHK) hat am 3. September 2018 gemäß § 4 Satz 2 Ziffer 2 in Verbindung mit § 5 Absatz 3 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 93 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes (VwRSchrformAbbG) vom 29. März 2017 (BGBl. I, S. 626), folgende Wahlordnung beschlossen:

Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer Hannover

§ 1 Wahlmodus

- Die IHK-Zugehörigen wählen nach den folgenden Bestimmungen für die Dauer von vier Jahren bis zu 89 Mitglieder der Vollversammlung.
- 80 Mitglieder der Vollversammlung werden in allgemeiner, geheimer und freier Wahl von den IHK-Zugehörigen unmittelbar gewählt.
- Die Möglichkeiten einer ergänzenden mittelbaren Wahl - Nachfolgewahl oder Hinzuwahl (Kooptation) - bestimmen sich nach §§ 8, 18.

§ 2 Nachrücken, Nachfolgewahl

- Für ein unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung, das vor Ablauf der Wahlperiode ausscheidet, rückt der Kandidat nach, der bei der Wahl in derselben Wahlgruppe und im selben Wahlbezirk unter Berücksichtigung etwaiger Sitzbindungen die nächsthöchste Stimmenzahl erreicht hat (Nachfolgemitglied). Endet die Wählbarkeit des Nachfolgemitglieds im Zeitraum zwischen Wahl und Nachrückfall, so endet auch die Stellung als Nachfolgemitglied. Gleiches gilt für den Wechsel der Wahlgruppe und des Wahlbezirks. Das Nachfolgemitglied rückt auch dann nach, wenn es bereits durch Zuwahl (§ 8) Mitglied der Vollversammlung geworden ist; es gilt fortan als unmittelbar gewähltes Mitglied. Die Namen der ausgeschiedenen und der nachgerückten Mitglieder sind gemäß § 19 Absatz 1 bekannt zu machen.
- Ist kein Nachfolgemitglied (Absatz 1) vorhanden, so können die unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitglieder den freigewordenen Sitz im Wege der mittelbaren Wahl gemäß § 18 besetzen. Das zu wählende Nachfolgemitglied muss der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk des ausgeschiedenen Mitglieds angehören.
- Werden bei der unmittelbaren Wahl nicht alle Sitze gemäß § 7 besetzt, so sollen die unbesetzten Sitze in mittelbarer Wahl gemäß § 18 besetzt werden, um die Spiegelbildlichkeit zu gewährleisten.
- Falls der Anteil der insgesamt in mittelbarer Wahl gewählten Mitglieder der Vollversammlung - einschließlich der nach § 8 hinzugewählten Mitglieder -

20 Prozent der Sitze gem. § 1 Abs. 2 erreicht, ist die mittelbare Wahl weiterer Vollversammlungsmitglieder ausgeschlossen. In diesem Fall kann die Vollversammlung die Durchführung einer unmittelbaren Nachfolgewahl beschließen. Diese erfolgt für die restliche Amtsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds. Sie wird entsprechend den Vorschriften dieser Wahlordnung durchgeführt. Das gewählte Nachfolgemitglied muss der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk des ausgeschiedenen Mitglieds unter Berücksichtigung etwaiger Sitzbindungen zum Zeitpunkt seiner Wahl angehören.

§ 3 Wahlberechtigung

- (1) Wahlberechtigt sind die IHK-Zugehörigen.
- (2) Jeder IHK-Zugehörige kann sein Wahlrecht nur einmal ausüben.
- (3) Das Wahlrecht ruht bei IHK-Zugehörigen, solange ihnen von einem Gericht das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen, rechtskräftig aberkannt ist.

§ 4 Ausübung des Wahlrechts

- (1) Das Wahlrecht wird ausgeübt
 - a) für IHK-zugehörige natürliche Personen von diesen selbst, falls Vormundschaft, rechtliche Betreuung oder Pflegschaft besteht, durch den gesetzlichen Vertreter,
 - b) für juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, Handelsgesellschaften und Personenmehrheiten durch eine Person, die allein oder zusammen mit anderen zur gesetzlichen Vertretung befugt ist.
- (2) Das Wahlrecht kann auch durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen ausgeübt werden.
- (3) Für IHK-Zugehörige, deren Hauptsitz nicht im IHK-Bezirk liegt, die aber über eine Betriebsstätte im IHK-Bezirk verfügen, kann das Wahlrecht durch einen Wahlbevollmächtigten ausgeübt werden. In begründeten Einzelfällen kann der Wahlausschuss auch darüber hinaus eine Wahlbevollmächtigung durch Beschluss zulassen.
- (4) In den Fällen der Absätze 1 lit. b, 2 und 3 kann das Wahlrecht jeweils nur von einer einzigen dazu bestimmten Person ausgeübt werden.
- (5) Das Wahlrecht kann nicht von Personen ausgeübt werden, bei denen der Tatbestand des § 3 Absatz 3 vorliegt.
- (6) Auf Verlangen ist dem Wahlausschuss die Berechtigung, das Wahlrecht auszuüben, durch einen Handelsregisterauszug oder in sonstiger geeigneter Weise nachzuweisen. Bei Wahlbevollmächtigten bedarf es einer zu diesem Zweck ausgestellten Vollmacht.

§ 5 Wählbarkeit

- (1) Wählbar sind natürliche Personen, die spätestens am letzten Tag der Wahlfrist volljährig, das IHK-Wahlrecht auszuüben berechtigt und entweder selbst IHK-zugehörig oder allein oder zusammen mit anderen zur gesetzlichen Vertretung einer IHK-zugehörigen juristischen Person, Handelsgesellschaft oder Personenmehrheit befugt sind. Wählbar sind auch die in das Handelsregister eingetragenen Prokuristen und besonders bestellte Bevollmächtigte im Sinne von § 5 Absatz 2 Satz 2 IHKG. Besonders bestellte Bevollmächtigte sind Personen, die, ohne im Handelsregister eingetragen zu sein, im Unternehmen des IHK-Zugehörigen eine der eigenverantwortlichen Tätigkeit des Unternehmers vergleichbare selbständige Stellung einnehmen und dies durch eine entsprechende Vollmacht nachweisen.
- (2) Nicht wählbar ist, wer die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.
- (3) Für jeden IHK-Zugehörigen kann sich nur ein Kandidat zur Wahl stellen. Ist bereits ein Vertreter eines IHK-Zugehörigen Mitglied der Vollversammlung, kann ein weiterer Vertreter dieses IHK-Zugehörigen weder nachrücken noch mittelbar oder unmittelbar gewählt werden.
- (4) Ist eine natürliche Person in verschiedenen Wahlgruppen oder Wahlbezirken wählbar, kann sie nur einmal kandidieren.

§ 6 Dauer und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder der Vollversammlung beginnt jeweils am 1. Januar des auf das Wahljahr folgenden Jahres und endet mit dem 31. Dezember des vierten auf das Wahljahr folgenden Jahres. Die Vollversammlungsmitglieder nehmen bis zur konstituierenden Sitzung der neuen Vollversammlung ihr Amt weiter wahr. Die neu gewählte Vollversammlung ist innerhalb von 6 Wochen nach dem Beginn der Amtszeit zu ihrer konstituierenden Sitzung einzuberufen. Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung endet vor Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 vorgesehenen Amtszeit
 1. durch Tod,
 2. durch Amtsniederlegung,
 3. mit der Feststellung, dass bei dem Mitglied die Voraussetzungen der Wählbarkeit nach § 5 Absatz 1
 - a) im Zeitpunkt der Wahl nicht vorhanden waren oder
 - b) zum Zeitpunkt der Feststellung nicht mehr vorliegen, oder
 4. die Wahl gemäß § 17 für ungültig erklärt wird.

Die Feststellung nach Nummer 3 hat die Vollversammlung auf Antrag zu beschließen. Der Präsident hat den Antrag unverzüglich ab Kenntnis der IHK zu stellen.

- (2) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung wird nicht berührt durch den Wechsel in eine andere Wahlgruppe oder einen anderen Wahlbezirk. Abweichend von § 5 Absatz 3 bleibt die Mitgliedschaft gleichfalls unberührt, soweit zwei Mitglieder der Vollversammlung nach Beginn ihrer Mitgliedschaft durch Unternehmenszusammenschluss oder -wechsel ihre Wählbarkeit vom selben IHK-Zugehörigen ableiten.
- (3) Die Gültigkeit von Beschlüssen und Wahlen wird nicht davon berührt, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit bei mitwirkenden Mitgliedern der Vollversammlung nicht vorlagen oder zu einem späteren Zeitpunkt entfallen sind. Gleiches gilt, wenn die Wahl einzelner Mitglieder der Vollversammlung oder der Vollversammlung insgesamt für ungültig erklärt wird.

§ 7 Wahlgruppen, Wahlbezirke, Sitzverteilung

- (1) Die IHK-Zugehörigen werden gemäß § 5 Absatz 3 Satz 2 IHKG zum Zwecke der Wahl unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks sowie der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Gewergruppen in Wahlgruppen eingeteilt. Dabei wird die Teilhabe aller großen, mittleren und kleinen Unternehmen gesichert. Innerhalb der Wahlgruppen kann es regionale Unterteilungen geben (Wahlbezirke).
- (2) Es werden folgende Wahlgruppen gebildet:
 1. Produzierendes Gewerbe
(Gewerbetreibende, die unter Anwendung fabrikmäßiger oder kaufmännischer Einrichtungen Waren erzeugen, veredeln oder verarbeiten, ohne die Unternehmen der Energieversorgung, Wasser- und Entsorgungswirtschaft)
 2. Energie, Ver- und Entsorgung
(Unternehmen der Energieversorgung, Wasser- und Entsorgungswirtschaft)
 3. Handel
[Groß- und Außenhandel, Einzelhandel (Ladeneinzelhandel, Versandhandel, Reisegewerbe), einschließlich des Handels mit eigenen Immobilien]
 4. Kredit- und Finanzierungsinstitute
(Gewerbetreibende, die sich mit Bankgeschäften aller Art befassen, Effekten- und Warenbörsen, ohne Beteiligungsgesellschaften)
 5. Versicherungen
(Versicherungsunternehmen)
 6. Verkehr und Telekommunikation
(Gewerbetreibende, die sich mit Dienstleistungen für Verkehr und Telekommunikation befassen)
 7. Gaststätten, Hotels, Tourismus
(Gaststätten, Hotels, Tourismus einschließlich Reisebüros und -veranstalter; Reservierungsdienstleistungen)
 8. Vermittler
(Handelsvertreter, Versicherungsvermittler, Grundstücks- und Immobilienmakler)
 9. Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Wahlgruppen enthalten
(Beratung, EDV, Werbung, Medien, Veranstalter von Messen und Ausstellungen, Treuhandgesellschaften, gewerbliche Vermögensverwaltungen und verwandte Betriebe sowie andere Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Wahlgruppen enthalten)

(3) Es werden folgende Wahlbezirke gebildet:

1. Landkreis Diepholz
2. Landkreis Göttingen
3. Landkreis Hameln-Pyrmont
4. Region Hannover
5. Landkreis Hildesheim
6. Landkreis Holzminden
7. Landkreis Nienburg
8. Landkreis Northeim
9. Landkreis Schaumburg

In den Wahlgruppen 2, 4, 5, 6, 7 und 8 bilden alle Wahlbezirke einen gemeinsamen Wahlbezirk.

In der Wahlgruppe 3 bilden die Wahlbezirke Hildesheim und Holzminden einen gemeinsamen Wahlbezirk.

(4) Sitzverteilung

Sitzverteilung nach Wahlgruppen und Wahlbezirken - 80 Sitze									
Wahlgruppe	(1) Produzierendes Gewerbe	(2) Energie, Ver- und Entsorgung	(3) Handel	(4) Kredit- und Finanzierungs- institute	(5) Versicherungen	(6) Verkehr und Telekommuni- kation	(7) Gaststätten, Hotels, Tourismus	(8) Vermittler	(9) Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Wahlgruppen enthalten
Wahlbezirke nach Land- kreisen									
Diepholz	2	3	2	7 b)	6	4 c)	3 d)	2	1
Göttingen	2		1						2
Hameln-Pyrmont	1		1						1
Region Hannover	11		6 a)						10
Hildesheim	1		Hildesheim und Holzminden 2						1
Holzminden	1								1
Nienburg	1		1						1
Northeim	1		1						1
Schaumburg	1		1						1
Summen	21		3						15

a) davon mindestens ein Vollversammlungsmitglied, das dem Großhandel angehört;
b) davon mindestens ein Vollversammlungsmitglied aus dem privaten Bankgewerbe sowie ein Vollversammlungsmitglied aus dem Kreis der Sparkassen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und ein Vollversammlungsmitglied aus dem Kreis der genossenschaftlichen Kreditinstitute;
c) davon mindestens ein Vollversammlungsmitglied aus dem Kreis der Telekommunikation;
d) davon mindestens ein Vollversammlungsmitglied aus dem Kreis der Reiseveranstalter/Reisebüros;

§ 8 Zuwahl (Kooptation)

Für jede Wahlgruppe kann gemäß § 1 Absatz 3 jeweils ein Mitglied der Vollversammlung hinzugewählt werden. Diese Personen können in mittelbarer Wahl gemäß § 18 von den unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitgliedern hinzugewählt werden, die insoweit als Wahlpersonen handeln. Die Zuwahl dient dazu, die Spiegelbildlichkeit der Vollversammlung zu verbessern. Hierbei sind die wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gewerbezirke zu berücksichtigen. Bei einer solchen Zuwahl ist auch dem Gedanken Rechnung zu tragen, dass sowohl große als auch mittlere und kleine Unternehmen angemessen in der Vollversammlung vertreten sein sollen. Der Antrag auf Durchführung einer Zuwahl ist entsprechend zu begründen.

§ 9 Wahlausschuss

(1) Die Vollversammlung wählt zur Durchführung jeder unmittelbaren Wahl zur Vollversammlung einen Wahlausschuss, der aus dem Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern besteht. Vier Mitglieder des Wahlausschusses sind aus dem Kreis der Vollversammlungsmitglieder, das fünfte ist aus dem Kreis der Geschäftsführung zu wählen. Für jedes Mitglied des Wahlausschusses ist ein Stellvertreter zu wählen. Ist neben einem Mitglied auch sein Stellvertreter an einer Sitzungsteilnahme verhindert, so wird dieser nach der Reihenfolge des Lebensalters durch einen der anderen Stellvertreter vertreten.

(2) Der Wahlausschuss wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter, die der Vollversammlung angehören müssen. Er beruft ferner einen Wahlbeauftragten sowie dessen Stellvertreter. Der Wahlausschuss kann zu seiner Unterstützung Hilfspersonen hinzuziehen. Diese Personen sind auf eine ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses, besonders zu verpflichten.

§ 10 Wählerlisten

- (1) Zur Vorbereitung der Wahl stellt der Wahlbeauftragte unter Einbindung von Hilfspersonen unter Beachtung etwaiger Vorgaben des Wahlausschusses getrennt nach Wahlgruppen und Wahlbezirken Listen der Wahlberechtigten auf (Wählerlisten) und legt sie dem Wahlausschuss zur Bestätigung vor. Die Wählerlisten können auch in Dateiform erstellt werden. Sie enthalten Angaben zu Name, Firma, Anschrift, Identnummer, Wahlgruppe, Wahlbezirk und Wirtschaftszweig der Wahlberechtigten.
- (2) Bei der Aufstellung der Wählerlisten legt der Wahlbeauftragte die vorliegenden Unterlagen zu Grunde und weist die Wahlberechtigten auf der Grundlage etwaiger Vorgaben des Wahlausschusses den einzelnen Wahlgruppen und Wahlbezirken zu. Wahlberechtigte, die ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafter eines anderen Wahlberechtigten oder als Besitzgesellschaft für einen anderen Wahlberechtigten tätig sind, sind auf Antrag der Wahlgruppe dieses anderen Wahlberechtigten zuzuweisen.

- (3) Die Wählerlisten können für die Dauer von mindestens zehn Tagen durch die Wahlberechtigten oder ihre Bevollmächtigten eingesehen werden. Die Einsichtnahme beschränkt sich auf die jeweilige Wahlgruppe und den Wahlbezirk.
- (4) Anträge auf Aufnahme in eine Wahlgruppe bzw. einen Wahlbezirk, Anträge auf Zuordnung zu einer anderen Wahlgruppe oder einen anderen Wahlbezirk sowie Einsprüche gegen die Zuordnung zu einer Wahlgruppe bzw. einem Wahlbezirk können bis eine Woche nach Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist bei der IHK eingereicht werden. Diese sind schriftlich einzureichen, wobei auch eine Übermittlung per Fax zulässig ist. Zulässig ist ebenfalls die Übermittlung eines eingescannten Dokuments per E-Mail. Der Wahlausschuss entscheidet über Einsprüche und Anträge; er kann auch von Amts wegen Änderungen vornehmen. Anschließend stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Wählerlisten fest. Der Wahlbeauftragte kann von Amts wegen in den Wählerlisten Veränderungen, die der IHK nach der Auslegung bekannt werden, bis zur Veröffentlichung der Bewerberlisten berücksichtigen, jedoch nur, soweit diese Änderungen sich unmittelbar aus Änderungen der Gewerbellisten oder Handelsregistereintragungen ergeben.
- (5) Wählen kann nur, wer in den festgestellten Wählerlisten eingetragen ist.
- (6) Die IHK ist berechtigt, an Bewerber (§ 12) oder deren Bevollmächtigte zum Zwecke der Suche von Unterzeichnern des Wahlvorschlags (§ 12 Absatz 3) sowie an Kandidaten zum Zwecke der Wahlwerbung Name, Firma und Anschrift von Wahlberechtigten zu übermitteln. Die Bewerber und Kandidaten oder deren Bevollmächtigte haben sich dazu schriftlich zu verpflichten, die übermittelten Daten ausschließlich für Wahlzwecke zu nutzen und sie spätestens nach der Wahl unverzüglich zu löschen bzw. zu vernichten.
- Wahlvorschläge für eine Wahlgruppe und Wahlbezirk unterzeichnen, der er selbst angehört. Jeder Wahlberechtigte kann auch mehrere Wahlvorschläge unterzeichnen.
- (4) Der Wahlbeauftragte prüft die Wahlvorschläge vor. Er kann Authentizitätsnachweise verlangen. Zur Prüfung der Wahlvorschläge, insbesondere der Wählbarkeit von Bewerbern, kann er weitere Angaben verlangen. Er fordert Bewerber unter Fristsetzung auf, Mängel zu beseitigen. Besteht ein Wahlvorschlag aus mehreren Bewerbern, so ergeht die Aufforderung an jeden Bewerber, auf den sich die Mängel beziehen.
- (5) Jede Kandidatenliste muss mindestens einen Kandidaten mehr enthalten, als in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind. Geht für eine Wahlgruppe und einen Wahlbezirk kein gültiger Wahlvorschlag ein oder reicht die Zahl der gültigen Wahlvorschläge nicht aus, um die Bedingung des Satzes 1 für eine Kandidatenliste zu erfüllen, so setzt der Wahlausschuss eine angemessene Nachfrist und wiederholt die Aufforderung nach § 11 Absatz 2 beschränkt auf diese Wahlgruppe und diesen Wahlbezirk. Bei fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist findet eine auf die gültigen Wahlvorschläge beschränkte Wahl statt.
- (6) Der Wahlausschuss prüft die Wahlvorschläge abschließend und macht die Kandidatenlisten mit folgenden Angaben der Kandidaten bekannt: Familienname, Vorname, Funktion im Unternehmen und Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens, Wahlgruppe und Wahlbezirk. Ergänzende Angaben kann der Wahlausschuss beschließen, z. B. Fotos. Hierauf ist in der Wahlbekanntmachung hinzuweisen. Im Falle von Absatz 5 Satz 2 werden Nachfrist und Aufforderung zur Einreichung weiterer Wahlvorschläge vom Wahlausschuss ebenfalls bekanntgemacht.

§ 11

Bekanntmachungen des Wahlausschusses betreffend Wahlfrist, Einsichtnahme in die Wählerlisten, Einspruchsfrist und Wahlvorschläge

- (1) Der Wahlausschuss bestimmt den Zeitpunkt, an welchem die Stimmen in der IHK vorliegen müssen (Ende der Wahlfrist) und macht diesen sowie Zeit und Ort für die Einsichtnahme der Wählerlisten mit dem Hinweis auf die in § 10 Absatz 4 genannten Möglichkeiten der Einreichung von Anträgen und Einsprüchen einschließlich der dafür vorgesehenen Fristen bekannt.
- (2) Der Wahlausschuss fordert in der Bekanntmachung die Wahlberechtigten auf, bis vier Wochen nach Ablauf der in § 10 Absatz 4 genannten Frist für ihre Wahlgruppe und ihren Wahlbezirk Wahlvorschläge bei ihm einzureichen. Er weist darauf hin, wie viele Mitglieder in jeder Wahlgruppe und jedem Wahlbezirk zu wählen sind und wie viele Wahlberechtigte einen Wahlvorschlag unterzeichnen müssen.

§ 12 Kandidatenliste

- (1) Die wahlberechtigten IHK-Zugehörigen können für ihre Wahlgruppe und ihren Wahlbezirk Wahlvorschläge einreichen. Diese sind schriftlich einzureichen, wobei auch eine Übermittlung per Fax oder mittels eingescannten Dokuments per E-Mail zulässig ist. Ein Bewerber kann nur für die Wahlgruppe und den Wahlbezirk benannt werden, für die er selbst bzw. der IHK-Zugehörige, von dem seine Wählbarkeit abgeleitet wird, wahlberechtigt ist. Die Summe der gültigen Wahlvorschläge für eine Wahlgruppe und einen Wahlbezirk ergibt die Kandidatenliste. Die Bewerber werden in der Kandidatenliste in der alphabetischen Reihenfolge ihrer ersten Familiennamen aufgeführt, bei Namensgleichheit entscheidet der Vorname. Bei vollständiger Namensgleichheit legt der Wahlausschuss die Reihenfolge durch Losentscheid fest.
- (2) Die Wahlvorschläge sind mit Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum, Funktion im Unternehmen, Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens und dessen Anschrift sowie ggf. der Einwilligung des Kandidaten für die Veröffentlichung des beigefügten Fotos aufzuführen. Außerdem ist eine Erklärung jedes Bewerbers beizufügen, dass er zur Annahme der Wahl bereit ist und dass ihm keine Tatsachen bekannt sind, die seine Wählbarkeit nach dieser Wahlordnung ausschließen.
- (3) Jeder Wahlvorschlag muss von mindestens fünf Wahlberechtigten der Wahlgruppe und des Wahlbezirks unterzeichnet sein. Bei Wahlgruppen und Wahlbezirken mit weniger als 100 Wahlberechtigten reicht es abweichend von Satz 1 aus, wenn der Wahlvorschlag von mindestens fünf Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnet ist. Die Unterzeichner haben ihren Namen und ihre Anschrift und für den Fall, dass sie einen IHK-Zugehörigen vertreten, dessen Bezeichnung und Anschrift anzugeben. Ein Wahlberechtigter kann nur

§ 13 Durchführung der Wahl

Die Wahl findet schriftlich statt (Briefwahl).

§ 14 Briefwahl

- (1) Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel, welche für die Wahlgruppe [bzw. den Wahlbezirk] die Kandidatenliste sowie einen Hinweis auf die Anzahl der in der Wahlgruppe [bzw. dem Wahlbezirk] zu wählenden Kandidaten enthalten. Die Reihenfolge der Kandidaten ergibt sich aus der Kandidatenliste (§ 12 Absatz 1). Die IHK übermittelt dem Wahlberechtigten folgende Unterlagen:
- einen Vordruck für den Nachweis der Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts (Wahlschein),
 - einen Stimmzettel,
 - einen neutralen Umschlag mit der Bezeichnung „IHK-Wahl“ (Stimmzettelumschlag),
 - einen Umschlag für die Rücksendung der Wahlunterlagen (Rücksendeumschlag).
- (2) Der Wahlberechtigte darf höchstens so viele Kandidaten kennzeichnen, wie in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind. Die von ihm gewählten Kandidaten kennzeichnet er dadurch, dass er deren Namen auf dem Stimmzettel ankreuzt. Er kann für jeden Kandidaten jeweils nur einmal stimmen.
- (3) Der Wahlberechtigte hat den von ihm gemäß Absatz 2 gekennzeichneten Stimmzettel in dem von ihm verschlossenen Stimmzettelumschlag unter Beifügung des von ihm oder dem oder den Vertretungsberechtigten unterzeichneten Wahlscheins in dem Rücksendeumschlag so rechtzeitig an die IHK zurückzusenden, dass die Unterlagen spätestens zum vom Wahlausschuss für die Ausübung des Wahlrechts festgelegten Zeitpunkt in der IHK vorliegen (§ 11 Absatz 1). Die rechtzeitig bei der IHK eingegangenen Stimmzettelumschläge werden nach Prüfung der Wahlberechtigung unverzüglich ungeöffnet in die Wahlurne gelegt. Zur Prüfung der Berechtigung des Wahl-ausübungsberechtigten reicht es aus, dass der Wahlschein eine Erklärung enthält, dass der Unterzeichnende wahlausübungsberechtigt ist.

§ 15 Gültigkeit der Stimmen

- (1) Über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Fragen entscheidet der Wahlausschuss.

- (2) Ungültig sind insbesondere Stimmzettel,
- die Zusätze, Streichungen oder Vorbehalte aufweisen,
 - die die Absicht des Wählers nicht klar erkennen lassen,
 - in denen mehr Kandidaten angekreuzt sind, als in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind,
 - die nicht in einem verschlossenen Stimmzettelumschlag eingehen. Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als nur ein Stimmzettel, wenn ihre Kennzeichnung gleichlautend oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; andernfalls sind sie sämtlich ungültig.
- (3) Rücksendeumschläge, die lediglich den Stimmzettelumschlag, nicht jedoch den Wahlschein enthalten, werden zurückgewiesen. Das gilt auch, falls der Wahlschein im Stimmzettelumschlag versendet wurde oder nicht vollständig ausgefüllt ist. Kein Zurückweisungsgrund ist die Rücksendung der Wahlunterlagen in einem anderen Umschlag als dem Rücksendeumschlag.

§ 16 Wahlergebnis

- (1) Gewählt sind in den einzelnen Wahlgruppen und Wahlbezirken diejenigen Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Innerhalb einer Wahlgruppe mit Sitzbindungen (Tabelle zu § 7 Abs. 4) werden zuerst die auf diese Kandidaten entfallenden Mindestsitze und danach die übrigen Sitze verteilt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, welches ein Mitglied des Wahlausschusses zieht; das Gleiche gilt für die Festlegung der Reihenfolge der Nachfolgemitglieder (§ 2).
- (2) Unverzüglich nach Abschluss der Wahl stellt der Wahlausschuss das Wahlergebnis fest, fertigt über die Ermittlung des Wahlergebnisses eine Niederschrift an und macht die Namen der gewählten Kandidaten bekannt.

§ 17 Wahlprüfung

- (1) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses müssen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich beim Wahlausschuss eingegangen sein. Der Einspruch ist auf die Wahl innerhalb der Wahlgruppe und des Wahlbezirks des Wahlberechtigten beschränkt. Über Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses entscheidet die Vollversammlung nach Anhörung des Wahlausschusses. Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.
- (2) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses sind zu begründen. Sie können nur auf einen Verstoß gegen wesentliche Wahlvorschriften gestützt werden, durch den das Wahlergebnis beeinflusst werden kann. Gründe können nur bis zur Entscheidung der Vollversammlung über den Einspruch vorgetragen werden. Im Wahlprüfungsverfahren einschließlich eines gerichtlichen Verfahrens werden nur bis zu diesem Zeitpunkt vorgetragene Gründe berücksichtigt.

§ 18 Verfahren und Überprüfung der mittelbaren Wahl

- (1) Die durch die unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitglieder (Wahlpersonen) in mittelbarer Wahl zu wählenden Mitglieder der Vollversammlung müssen von mindestens fünf Wahlpersonen oder dem Präsidium, für die Zuwahl nach § 8 mit schriftlicher Begründung mindestens drei Wochen vor der nächsten Vollversammlung vorgeschlagen werden; § 12 Absatz 2 gilt entsprechend. Vollständig und fristgerecht eingereichte Vorschläge werden mit der Einladung zur Sitzung der Vollversammlung versandt.
- (2) Die Wahl kann frühestens in der auf die konstituierende Sitzung der Vollversammlung folgenden Sitzung erfolgen. Vorschlagsberechtigt sind für die konstituierende Sitzung die bereits gewählten Kandidaten und das Präsidium.
- (3) Die Zuwahl nach § 8 setzt einen vorherigen Beschluss der Vollversammlung voraus, dass die Voraussetzungen von § 8 Sätze 3, 4 und 5 vorliegen. Dieser Beschluss muss auch die Anzahl der zu besetzenden Sitze beinhalten.
- (4) Die mittelbare Wahl wird für jeden Sitz schriftlich und geheim durchgeführt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Erhält bei mehreren Kandidaten kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben.

- (5) Die mittelbar gewählten Mitglieder sind gemäß § 19 bekanntzumachen.
- (6) Für die Wahlprüfung gelten die Regelungen von § 17 entsprechend mit der Maßgabe, dass anstelle des Wahlausschusses das Präsidium tritt. Einspruchsberechtigt für die mittelbare Wahl ist, wer gemäß Absatz 1 Wahlperson oder gemäß § 4 in der betreffenden Wahlgruppe und gegebenenfalls dem betreffenden Wahlbezirk zur Ausübung des Wahlrechts berechtigt ist.

§ 19 Bekanntmachung und Fristen

- (1) Die in der Wahlordnung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen im Internet auf der Website der IHK www.hannover.ihk.de/wahl unter Angabe des Tags der Einstellung.
- (2) Fristen der Wahlordnung sind, soweit nicht in der Wahlordnung etwas Anderes geregelt ist, nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu berechnen.

§ 20 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

- (1) Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie findet Anwendung auf künftige Wahlen zur Vollversammlung.
- (2) Gleichzeitig tritt die von der Vollversammlung am 1. September 2014 beschlossene Fassung außer Kraft; diese gilt jedoch weiter für die laufende Amtszeit der Vollversammlung.
- (3) Ein zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wahlordnung bereits gewählter Wahlausschuss bleibt im Amt. Er führt die Wahl auf der Grundlage dieser Wahlordnung durch. Beschlüsse, die der Wahlausschuss bis zu diesem Zeitpunkt gefasst hat, bleiben wirksam.

Hannover, 12. September 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hirsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt durch Bescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung vom 09. Oktober 2018 - Az.: 21-01558/4020

Im Auftrage
Haselmaier

Die vorstehende Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer Hannover vom 3. September 2018 wird hiermit ausgefertigt und in der IHK-Zeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft“ verkündet. Gemäß §§ 27a VwVfG, 1 NVwVfG findet zudem eine Veröffentlichung auf der Internetseite www.hannover.ihk.de statt.

Hannover, 15. Oktober 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hirsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

Dritte Satzung zur Änderung der Gebührenordnung mit Gebührentarif der Industrie- und Handelskammer Hannover

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hannover hat am 3. September 2018 gemäß § 3 Absätze 6 und 7 und § 4 Satz 2 Nr. 2 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 93 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes (VwRSchrformAbbG) vom 29. März 2017 (BGBl. I, S. 626) die nachfolgende Satzung beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Gebührenordnung mit Gebührentarif der Industrie- und Handelskammer Hannover

Buchstabe B des Gebührentarifs als Bestandteil der Gebührenordnung der Industrie- und Handelskammer Hannover vom 5. Dezember 2016, zuletzt geändert durch Beschluss der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Hannover vom 4. Dezember 2017, wird wie folgt geändert:

- | | |
|---|------------|
| 1. Nummer 3.1.3 wird wie folgt gefasst:
„Erweiterung der Erlaubnis nach mehr als drei Monaten nach Erlaubniserteilung | 240,00 €“. |
| 2. Nach Nummer 3.2.4 wird folgende Nummer 3.2.5 angefügt:
„3.2.5 Einfordern einer neuen Vermögensschadenhaftpflichtbescheinigung | 40,00 €“. |
| 3. Nach Nummer 4.1.3 wird folgende Nummer 4.1.4 angefügt:
„Statuswechsel von Versicherungsvermittlung auf Versicherungsberatung | 50,00 €“. |

Artikel 2 Inkrafttreten

Artikel 1 tritt am Tag nach Verkündung in der Niedersächsischen Wirtschaft in Kraft.

Hannover, 12. September 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hinsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt durch Bescheid des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung vom 27. September 2018 - Az.: 21-01558/4070.

Im Auftrage
Haselmaier

Die vorstehende Dritte Satzung zur Änderung der Gebührenordnung mit Gebührentarif vom 3. September 2018 wird hiermit ausgefertigt und in der IHK-Zeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft“ verkündet. Gemäß §§ 27a VwVfG, 1 NVwVfG findet zudem eine Veröffentlichung auf der Internetseite www.hannover.ihk.de statt.

Hannover, 15. Oktober 2018
Industrie- und Handelskammer Hannover

Dr. Christian Hinsch
Präsident

Dr. Horst Schrage
Hauptgeschäftsführer

IMPRESSUM

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Hannover
Schiffgraben 49
30175 Hannover
Telefon: 0511/3107-268
Telefax: 0511/3107-450
E-Mail: kommunikation@hannover.ihk.de
Internet: www.hannover.ihk.de
Facebook: www.facebook.com/ihkhannover

Redaktion

Chefredakteur: Klaus Pohlmann, Telefon: 0511/3107-269,
E-Mail: pohlmann@hannover.ihk.de
Redaktion:
Barbara Dörmer, Telefon: 0511/3107-212
Georg Thomas, Telefon: 0511/3107-468
E-Mail: nw@hannover.ihk.de
Telefax: 0511/3107-450
Internet: www.nw-ihk.de
Facebook: facebook.com/NiedersaechsischeWirtschaft

Verlag

Madsack Medienagentur GmbH & Co. KG
August-Madsack-Straße 1
30559 Hannover
Telefon: 0511/518-3001

Anzeigenleitung

Günter Evert

Anzeigenverkauf

Michael Nixdorf, Telefon: 0511/518-2055

Produktionsleitung

Siegfried Borgaes

Layout und Grafik

Nick Neufeld, Siegfried Borgaes, Ann-Katrin Paske

Titelfoto

iStockphoto.com/scyther5

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint zehn Mal jährlich
zu Monatsbeginn.

Erscheinungstermin

Für diese Ausgabe: 5. November.

Bezugspreis

Jährlich 69,50 Euro einschließlich Portokostenanteil
und MwSt. Bezug durch den Verlag.

Mitglieder der IHK Hannover können die Zeitschrift auf Anforderung erhalten, der Bezug ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Bezug der IHK-Zeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft“ erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK. Mit Namen und Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Ansicht des Herausgebers und der Redaktion wieder. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Besprechungsexemplare. Nachdruck und elektronische Vervielfältigung des Inhalts nur nach ausdrücklicher Genehmigung, mit Quellenangabe und unter Einsendung eines Belegexemplars.

Druck

Frank Druck GmbH & Co. KG
Industriestraße 20
24211 Preetz/Holstein
verkaufte Auflage: 44 725
verbreitete Auflage: 46 384
Druckauflage: 46 552
2. Quartal 2018
ISSN 0341-1982

